



GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2015/4

Datum/Zeit	Donnerstag, 22. Oktober 2015, 18:00 - 20.00 Uhr
Ort	Tellsaal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen
Vorsitz	Mahler Rudolf (SP) _____ 1
Mitglieder	Blaser Peter (SP) Burkhalter Hans Rudolf (Grüne) Grossniklaus Bruno (parteilos) Kehrli Rudolf (SP) Lehmann Werner (SP) Nova Colette (SP) Ögüt Hasan (SP) Thomann Thulani (SP) Zeyer Christian (SP) 1 Sitz vakant _____ 9
	Hausammann Hans Rudolf (SVP) Hess Rudolf (SVP) Hirsiger Ernst (SVP) Müller Lucia (SVP) Schneiter Roger (SVP) Zaugg Gerhard (SVP) _____ 6
	Bolliger Renate (EVP) Fels Silvia (EVP) Wagner Peter (EVP) Wagner Rahel (EVP) _____ 4
	Leumann Beat (FDP) Weibel Tobias (FDP) _____ 2
	Rüfli Roland (FORUM) _____ 1
	Alberucci Luca (GLP) Gasser Melanie (GLP) Luyet Cédric (GLP) _____ 3
	Löhrer Sandra (CVP) Rippstein Eduard (CVP) _____ 2
	Total anwesend _____ <u>28</u>

4. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 22. Oktober 2015

Mitglieder Gemeinderat	Blaser Erich (SVP), Ernst Synes (CVP), Iten Thomas (Gemeindepräsident parteilos), Lüthy Ursula (Grüne), Panayides Aliko (SVP), Thomann Andreas (SP) sowie die Gemeindeschreiberin Steudler Barbara
Protokoll	Kumli Jürg, Gemeindeschreiber Stv.
Entschuldigt	Mitglieder GGR: Bendoza Thomas (parteilos), Burckhardt Andreas (Grüne), Burri Simon (SVP), Friedli Hans Peter (SVP), Hubschmid Roger (FDP), Schaller Esther (FORUM), Studer Martin (SVP), Weber Marlis (parteilos) und Zeyer Priska (parteilos) Mitglied Gemeinderat: Henrik Schoop (FDP)
Unentschuldigt abwesend	Müller Alfred (parteilos) und Zysset Walter (SVP)

TRAKTANDEN

62.	Protokoll Nr. 2 der GGR-Sitzung vom 7. Mai 2015; Genehmigung.....	167
63.	Protokoll Nr. 3 der GGR-Sitzung vom 2. Juli 2015; Genehmigung.....	168
64.	Schulkommission; Ersatzwahl.....	169
65.	Wahl- und Abstimmungsreglement (WAR); Genehmigung der Totalrevision.....	170
66.	Reglement über den gemeinsamen Versand des Wahlmaterials und die Ausrichtung von Kostenbeiträgen an die Wahlaufwendungen der politischen Parteien und Wählergruppen (RVWM); Genehmigung der Totalrevision.....	171
67.	Freibad: Erweiterungs- und Sanierungsarbeiten; Zwingende Leitungssanierungen - Kreditabrechnung.....	172
68.	Wasserverbund Region Bern AG (WVRB AG): Erhöhung des Aktienkapitals; Kreditabrechnung.....	173

69.	Ringstrasse: Ersatz und Neubau von Wasser- und Abwasserleitungen; Kredit- abrechnung und Nachkredit	174
70.	Motion Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Stabilisierung der Gemein- definanzen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	175
71.	Überparteiliche Motion betreffend Velohauptachse Ostermundigen - Bern - Köniz; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	176
72.	Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Auslagerung und Übertragung der KiTa-Plätze am Standort "Hummelinäscht" an eine private Institution; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	181
73.	Interpellation GLP/CVP-Fraktion betreffend finanzielles Optimierungspotenzial bei einer Zentralisierung der Gemeindeverwaltung in einem neuen Verwal- tungszentrum; schriftliche Beantwortung	188
74.	Interpellation FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Umgang mit Hausbe- setzern in Ostermundigen; schriftliche Beantwortung	189
75.	Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Parkplatzregime neues Ober- feldquartier: Eine gute Mischung macht's aus! - Orientierung des Gemeindera- tes	190
76.	Motion Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Menschen Schutz und Würde geben; parlamentarischer Neueingang.....	191
77.	Postulat FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Kosten einsparen durch strate- gischen Materialeinkauf mit der Logistikzentrale der Stadt Bern; parlamenta- rischer Neueingang.....	193
78.	Interpellation FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend wie sieht der Fahrplan für Neugestaltungen beim Dreieck aus?; parlamentarischer Neueingang.....	194

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Bevor wir mit der Sitzung beginnen, entführt uns die Tambouren und Steelband "Tropical Dreams Ostermundigen" mit einem musikalischen Intro in die warmen Gefilde der Südsee.

---- **A p p l a u s** ----

Vielen Dank für den Besuch und die musikalische Umrandung der heutigen Parlamentssitzung.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 4. Sitzung des Grossen Gemeinderates des Jahres 2015. Ich heisse ebenfalls die Vertretenden der Presse sowie die anwesenden Zuschauerinnen und Zuschauer herzlich willkommen. Ich danke für das entgegengebrachte Interesse.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist.

- ① Nach dem Wechsel von Andreas Thomann (Grosser Gemeinderat/Gemeinderat) konnte der vakante Sitz von der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion bis heute noch nicht besetzt werden.

Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf. Es sind 28 Ratsmitglieder anwesend und der Rat ist somit beschlussfähig.

1. Da der Stimmenzähler Andreas Burckhardt (Grüne) heute Abend nicht an der Sitzung teilnehmen kann, hat das Parlament einen Ersatzstimmenzähler zu wählen.

A b s t i m m u n g

Hasan Ögüt (SP) wird heute Abend einstimmig zum Ersatzstimmenzähler gewählt.

2. Beat Leumann (FDP) hat seinen Rücktritt aus dem Grossen Gemeinderat per 31.12.2015 eingereicht.
3. Auf den Ratstischen wurden verteilt:
 - Eine Ergänzung als Präzisierung zu Traktandum Nr. 69 "Ringstrasse: Ersatz und Neubau von Wasser- und Abwasserleitungen; Kreditabrechnung und Nachkredit
 - Die Sitzungsdaten 2016 des Grossen Gemeinderates (GGR) sowie der Geschäftsprüfungskommission (GPK)
 - Eine aktualisierte Adressliste der Partei- und Fraktionspräsidien

4. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 22. Oktober 2015

- Ein Flyer zu "Politforum Thun" vom 11./12. März 2016 zum Thema: "Als Gemeinde glaubwürdig kommunizieren: Vom Informieren zum erfolgreichen Dialog"
 - Ein Flyer "Spendenaktion für Turnhallen-Defibrillatoren"
4. Die nächste Sitzung findet termingemäss am 12. November 2015 statt.
 5. Im Anschluss an die Sitzung treffen wir uns im Restaurant „Waldeck“.

Traktandenliste

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Traktandum Nr. 65 - Wahl- und Abstimmungsreglement (WAR); Genehmigung der Totalrevision wird schon zum zweiten Mal zur Überarbeitung zurückgezogen.

Traktandum Nr. 66 - Reglement über den gemeinsamen Versand des Wahlmaterials und die Ausrichtung von Kostenbeiträgen an die Wahlaufwendungen der politischen Parteien und Wählergruppen wird ebenfalls bereits zum zweiten Mal zur Überarbeitung zurückgezogen.

Traktandum Nr. 75 - Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Parkplatzregime neues Oberfeldquartier: Eine gute Mischung macht's aus!; - Orientierung des Gemeinderates (Sprecher A. Thomann)

Parlamentarische Neueingänge

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die folgenden parlamentarischen Vorstösse sind heute Abend eingereicht worden:

- Motion Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Menschen Schutz und Würde geben
- Postulat FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Kosten einsparen durch strategischen Materialeinkauf mit der Logistikzentrale der Stadt Bern
- Interpellation FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend wie sieht der Fahrplan für Neugestaltungen beim Dreieck aus?

Beschluss

Die angepasste Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

100.3.10.03 Protokollgenehmigung

62. Protokoll Nr. 2 der GGR-Sitzung vom 7. Mai 2015; Genehmigung

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Zum Protokoll liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll Nr. 2 der GGR-Sitzung vom 7. Mai 2015 wird genehmigt.

100.3.10.03 Protokollgenehmigung

63. Protokoll Nr. 3 der GGR-Sitzung vom 2. Juli 2015; Genehmigung

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Liegen zum Protokoll Nr. 3 Wortmeldungen vor?

Christian Zeyer (SP): Ich habe festgestellt, dass im Protokoll Nr. 3 Bruno Grossniklaus als SP-Mitglied geführt wird. Die korrekte Form ist: Bruno Grossniklaus (parteilos).

Ich bitte den Ratssekretär, die Korrekturen im Protokoll auf den Seiten 127, 136, 146, 155, 156 und 157 vorzunehmen.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll Nr. 3 der GGR-Sitzung vom 2. Juli 2015 wird mit den vorerwähnten Korrekturen genehmigt.

10.6.28 Schulkommission

64. Schulkommission; Ersatzwahl

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Auf Vorschlag der EVP-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat (GGR) einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Als Ersatz für die zurückgetretene Renate Bolliger (EVP) wird Claudia von Allmen (EVP) für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. November 2015 bis 31. Dezember 2016, als Mitglied in die Schulkommission gewählt.

10.0.11 Reglemente Gemeinde
50.0.01 Gesetze, Dekrete, Verordnungen, Reglemente, Pflichtenhefte

65. Wahl- und Abstimmungsreglement (WAR); Genehmigung der Totalrevision

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Wir bereits erwähnt, wurde das Geschäft von der Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit an der GPK-Sitzung wiederum zurückgezogen.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Da es ungewöhnlich ist, wenn ein Geschäft zum zweiten Mal zurückgezogen wird, bin ich froh, nun eine Erklärung dazu abgeben zu dürfen. Es sind nicht inhaltliche Mängel dieser Co-Produktion von Präsidiales und Öffentliche Sicherheit, sondern redaktionelle und darstellerische Gründe, welche dazu geführt haben, dass das Geschäft auf Anregung der Geschäftsprüfungskommission zurückgezogen wurde. An dieser Stelle sei Rahel Wagner (EVP) herzlich für ihr Engagement in dieser Sache gedankt.

Wir werden die Reglemente entgegen der üblichen Praxis in der Verwaltung nicht mehr mit Änderungsprogramm neu vorlegen, sondern fixfertig mit allen Neuerungen und Inhaltsverzeichnis und demgegenüber die alten Reglemente abgeben. So sollte sicher gestellt sein, dass alles klar und sauber verfasst ist.

Wir hoffen, dem Parlament sozusagen das "perfekte Reglement" vorlegen zu können, womit ich mich etwas auf die Äste herauslasse. Es ist mir ein grosses Anliegen, dass das Reglement so verfasst ist, dass es nicht noch einmal zu einer Situation wie bei den letzten Gemeindewahlen kommen kann.

10.0.11 Reglemente Gemeinde
50.0.01 Gesetze, Dekrete, Verordnungen, Reglemente, Pflichtenhefte

66. Reglement über den gemeinsamen Versand des Wahlmaterials und die Ausrichtung von Kostenbeiträgen an die Wahlaufwendungen der politischen Parteien und Wählergruppen (RVWM); Genehmigung der Totalrevision

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Auch dieses Geschäft wurde von der Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit an der GPK-Sitzung wiederum zurückgezogen.

42.6.13 Anlagen; Unterhalt

67. Freibad: Erweiterungs- und Sanierungsarbeiten; Zwingende Leitungssanierungen - Kreditabrechnung

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Von der Kreditabrechnung über „Freibad Dennigkofen: Erweiterungs- und Sanierungsarbeiten; Zwingende Leitungssanierungen“, abschliessend mit der Kostensumme von CHF 600'857.30 (inkl. MWSt.), wird Kenntnis genommen.

42.2.75 Wasserverbund Region Bern AG (WVRB)

68. Wasserverbund Region Bern AG (WVRB AG): Erhöhung des Aktienkapitals; Kreditabrechnung

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Von der Kreditabrechnung über „Wasserverbund Region Bern AG (WVRB AG): Erhöhung des Aktienkapitals“, abschliessend mit einer Kostensumme von CHF 3'050'000.00, wird Kenntnis genommen.

42.2.42	Leitungsnetz; Hauptleitungen, Neuerstellung
42.2.43	Leitungsnetz; Hauptleitungen, Unterhalt
42.3.42	Abwasseranlagen; öffentlich, Neuerstellung (früher: 42.312)
42.3.43	Abwasseranlagen; öffentlich, Unterhalt (früher: 42.313)

69. Ringstrasse: Ersatz und Neubau von Wasser- und Abwasserleitungen; Kreditabrechnung und Nachkredit

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Christian Zeyer (SP): Besten Dank für die Nachkalkulationen und die nachgelieferten Darstellungen. Beim Abwasser wird eine Kreditüberschreitung von 6,8 % und nicht wie in der Botschaft mit 2,1 % abgerechnet. Das Geschäft kann zur Annahme empfohlen werden.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

1. Von der Kreditabrechnung über „Ringstrasse: Ersatz und Neubau von Wasser- und Abwasserleitungen“, abschliessend mit Kostensummen (inkl. MWSt.) von CHF 154'074.35 (Kto. 520.501.38, Wasser) und CHF 261'299.10 (Kto. 530.501.38, Abwasser), wird Kenntnis genommen.
2. Zu Lasten der Investitionsrechnung Abwasser (Kto. 530.501.38) wird ein Nachkredit von CHF 5'499.10 (inkl. MWSt.) bewilligt.

10.3.72 Motionen
20.1.01 Jahresvoranschläge - Budgets

70. Motion Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Stabilisierung der Gemeindefinanzen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Bruno Grossniklaus (parteilos): Ich möchte dem Gemeinderat für seine "ausführliche Beantwortung" meinen besten Dank aussprechen. Ich hätte mir vom Gemeinderat den Mut zu einer ernsthaften Diskussion zum Thema gewünscht. Die Gemeindefinanzen sind schon seit längerer Zeit nicht mehr rosig. Die Entwicklung kann nicht alleine auf die Kantonsebene abgeschoben werden. Wir sind in einer angespannten Finanzsituation hinsichtlich der Sanierung der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO).

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 26 zu 1 Stimme den folgenden

B e s c h l u s s

Die Motion Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Stabilisierung der Gemeindefinanzen wird beantwortet und abgelehnt.

10.3.72 Motionen
40.1.18 Radwegnetz; Allgemeines

71. Überparteiliche Motion betreffend Velohauptachse Ostermundigen - Bern - Köniz; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde allen Parlamentsmitgliedern zugestellt. Der Erstunterzeichner ist heute Abend abwesend und somit kann der Zweitunterzeichner der Motion sich zum Geschäft äussern.

1. Vizepräsident Cédric Luyet (GLP): Da der Erstmotionär heute leider abwesend ist, darf ich die Motion begründen.

Ostermundigen ist am wachsen, das ist erfreulich. Aber auch das Worblental ist am wachsen. Allesamt steigt der Verkehr durch unsere Gemeinde demzufolge ungleichviel mehr, als wir selber verursachen. Es wird von prognostizierter Verkehrszunahme von 25 % gesprochen. Grundsätzlich wollen wir mit dieser Motion einen möglichen Lösungsansatz zur Bewältigung der Verkehrszunahme präsentieren. Es gibt zwei Szenarien.

1. Den Zustand "rien ne vas plus": Man kann nichts unternehmen und den Stau auf den Hauptverkehrsachsen in Kauf nehmen; wie in Ostermundigen zu Stosszeiten, während der BEA oder in asiatischen Ballungszentren. Das führt wohl unweigerlich zu einem Umstieg auf das Velo. Ist aber nicht unbedingt gesund und auch nicht befriedigend, denn wir wollen ja nicht die Menschen auf das Velo zwingen.
2. Den Zustand „optimale Agglomerationspolitik“: Wir können die Infrastruktur für die Velos verbessern. Gemäss Untersuchungen führt eine Verbesserung der Infrastruktur immer dazu, dass vermehrt Menschen auf das Velo umsteigen. Warum steigen die Menschen auf das Velo um? Weil es effizient, gesund, billig und schnell ist und man ist freier. Ostermundigen liegt ja nicht im Emmental, sondern Nahe an der Stadt und ohne Hügel dazwischen.

Wenn der Anteil der Velofahrer gesteigert werden kann (es ist auch viel besser für die Autos, Trams und Fussgänger), profitieren also alle, wenn es gelingen würde, mit Velofahrten die Strassen zu entstopfen.

Das zweite Szenario wäre eigentlich ideal. Es gibt da ein riesengrosses ABER, welches uns alle lähmt. Das sind die Finanzen. Wir alle wollen nicht unverantwortlich handeln, aber ich rufe hier alle auf, vorausschauend zu handeln. Natürlich können wir gegenwärtig keine Investitionen tätigen, welche nicht absolut notwendig sind. Aber in zwei, drei Jahren, wenn man die Finanzpläne anschaut, sollte das strukturelle Defizit behoben sein und die Krise „Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO)“ schmerzhaft überwunden. D. h. wir müssen bereits jetzt die Weichen stellen.

Die Motion beinhaltet zwei wesentliche Punkte:

- Die Motion verlangt im ersten Punkt lediglich das Festlegen einer Route auf bestehenden Strassen. Ehrlicherweise muss ich sagen, dass es bereits sehr gut ist. Man kann über Schleichwege die Stadt praktisch problemlos erreichen, aber diese Wege sind zum Teil unbekannt und es gibt gefährliche Schlüsselstellen. Diese Ausbesserung der Schlüssel-

stellen und die Festlegung und Bezeichnung von Routen auf Nebenstrassen sollten in einer ersten Phase finanzierbar sein. Wenn wir die Schwachstellen nur auf einer Route festlegen und verbessern - kostet dies viel weniger als die Zahlen welche bei der Motion "Zeyet et all" (Aussage am Rednerpult nicht verständlich) artikuliert wurden.

- Das es nicht unbedingt viel kosten muss, konnte man anhand der Könizstrasse (vgl. Artikel im DER BUND vom Dienstag 20. Oktober 2015) sehen. Überhaupt konnte man in den letzten Tagen viel in der Zeitung zugunsten der Verbesserung der Veloinfrastruktur lesen. In der Stadt gibt es eine Velooffensive, welche nicht nur von der Gemeinderätin Ursula Wyss angestossen wurde, sondern von der Parlamentsmehrheit getragen wird. Ich war vor einer Woche im Stadtparlament und konnte miterleben, wie drei Motionen überwiesen wurden.

Mit anderen Worten, wir sind mit dem Vorhaben nicht alleine, sondern wir sind alleine, wenn wir nichts unternehmen. Beispielsweise war eine Motion des Stadtrates die Zusammenarbeit für die Definition und Erstellung von Velohaupttrouten mit den Nachbargemeinden zu stärken. In der Stellungnahme der Gemeinderätin U. Wyss hiess es, mit Köniz ist die Zusammenarbeit gut, mit Ostermundigen stehen die Karten schlecht. Das ist ein absolutes "NO GO". Das Signal, welches der Gemeinderat im Postulat in die Stadt schickt, ist schlecht. *"Der Gemeinderat prüft zuhanden der finanzkompetenten Organe....."* da sollte zumindest heissen, *"der Gemeinderat setzt sich für einen Ausbau der Veloinfrastruktur ein."*

Im zweiten Punkt verlangt die Motion eine Aufnahme ins Agglomerationsprogramm. Dies ist betreffend dem vorausschauenden Charakter noch wesentlicher und mir wichtiger. Im RGSK II ist der „Entwicklungswegweiser 2025“ nicht erwähnt. Ebenfalls kommt kein grosser Wurf zuhanden der Velohaupttrouten vor. Und das ist schade, denn wenn es im Agglomerationsprogramm prioritär gewichtet wird, werden vom Kanton ebenfalls die finanziellen Mittel gesprochen. Und da ist es wie im Finanz- und Lastenausgleich (FILAG), wenn uns die Mitteln fehlen, müssen wir genug kreativ sein, diese zu finden. Die Kompetenz und Mitsprache im Agglomerationsprogramm obliegt dem Gemeinderat und nicht dem Parlament. Aus diesem Grund verlangt die Motion vom Gemeinderat die Aufnahme des Anliegens ins Agglomerationsprogramm.

Ebenfalls bei den Kantonsstrassen wäre es wünschenswert, wenn der Gemeinderat alles Mögliche für den Sinn und Zweck der Teilumlagerung in die Wege leitet.

Ich hoffe, dass der Grosse Gemeinderat die Motion erheblich erklärt.

Hans-Rudolf Burkhalter (Grüne): Die SP/Grüne-Fraktion ist der Auffassung, die vorliegende Motion als erheblich zu erklären und an den Gemeinderat zu überweisen. Es soll eine Veloachse ab Bern-Hauptbahnhof via Nordring bis ins Wankdorf realisiert werden. Aus diesem Grund ist es sinnvoll, wenn die Gemeinde Ostermundigen sich mit einem Anschluss an diese Veloachse beteiligt.

Tobias Weibel (FDP): Wie ich schon mindestens einmal als Argument vorgebracht habe: Wahrscheinlich fahre ich länger Velo als die meisten von uns, wahrscheinlich fahre ich schneller und somit wahrscheinlich auch weiter. Das mache ich auch oft auf der Strecke Ostermundigen bis Bern und retour. In den Vorstössen ist jeweils immer von den zahlreichen Gefahren auf der Strecke die Rede, ohne aber wirklich konkret zu werden. Ich muss hier aber auch be-

stätigen, dass es auf dieser Route haufenweise Gefahren gibt. Die FDP-Fraktion lehnt den vorliegenden Vorstoss, in unserem Sinne einer ganzheitlichen Strategie, von welcher wir ein erheblich besser abgestimmtes und auch günstigeres Resultat erwarten einmal mehr, ab.

Ich würde mich aber gerne bereit erklären, an einem Samstag z. B. mit einer Gruppe von Interessierten aus allen Schichten und jeden Alters die Strecke Ostermundigen-Bern abzufahren. Vielleicht findet sich da ja auch ein Schleichweg, wo ich noch nicht kenne. Wir können hier lange diskutieren, aber am Ende müssen wir uns auf der Strasse gut auskennen und auch auf dem besten Veloweg ist die totale Sicherheit nicht gewährleistet.

Peter Wagner (EVP): Eine Velohauptachse Ostermundigen Rüti - Bahnhof Ostermundigen - Bahnhof Bern - Köniz - Schliern ist sicher wünschenswert und auch notwendig. Die Linienführung muss aber mit den jeweiligen Anschlussgemeinden koordiniert werden, d. h. Ostermundigen mit Bern. Die Linienführung in den Gemeinden ergibt einen jeweils gemeinsamen „Übergabepunkt“. Die Linienführung Ostermundigen-Rüti bis Ostermundigen Bahnhof ist schon mehrheitlich mit einem Velostreifen realisiert. Der springende Punkt ist die Weiterführung vom Bahnhof Ostermundigen!

- Favorisiert Bern eine Weiterführung ab der „Waldeck“ in die Stadt?
Meiner Ansicht nach geht es vom Bahnhof Ostermundigen bis „Waldeck“ mit einem Radstreifen, aber weiter ins „Galgenfeld“ ist die Strasse einfach zu schmal.
- Was macht da Bern?

Eine weitere Variante wäre vom Bahnhof Ostermundigen via Schermenweg, Mittelholzerstrasse, Zentweg, Bolligenstrasse, Laubeggstrasse und Kornhausbrücke ins Zentrum von Bern. Zum Bahnhof Bern kann man vom Schermenweg via Wankdorf, Winkelriedstrasse, Nordring und Lorrainebrücke, gelangen. Aber das Ganze steht und fällt mit der Linienführung in Bern und der sich daraus ergebenden Fortsetzung in Ostermundigen. Daraus folgt, dass vom Bahnhof Ostermundigen die Weiterführung stark von der Lösung in Bern abhängt. Der Gemeinderat muss sich deshalb bei den entsprechenden Behörden in Bern erkundigen, was diese planen. Dann kann das Ganze eine erfreuliche Sache für alle Beteiligten werden.

Die EVP-Fraktion lehnt die Motion ab, unterstützt aber die Anträge des Gemeinderats, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und die Finanzierung der Velohauptachse zu prüfen.

Ernst Hirsiger (SVP): Die SVP-Fraktion ist nicht dafür bekannt, dass die Veloförderung im Parteiprogramm an erster Stelle kommt. Die SVP-Fraktion hat nichts gegen Velofahrende. Das Problem liegt darin, dass alle die gleiche Verkehrsfläche nutzen wollen - die Fläche ist jedoch begrenzt. Die Velooffensive der Stadt Bern ist ein Geschäft in sich.

Das vorliegende Projekt ist eine gemeinsame Aktion in den Gemeinden Köniz, Bern und Ostermundigen. Für uns wäre das eine tolle Sache, aber nur dann, wenn genügend finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen. Die Verkehrsmittel müssten als dann getrennt geführt werden und es könnten richtige Veloautobahnen errichtet werden.

Da dies so nicht geschehen wird, unterstützen wir den gemeinderätlichen Antrag in Form eines Postulates.

Erlaubt sei mir noch eine Anmerkung: Wenn die Verwaltung mit einer "Prüfung" startet, macht sie dies äusserst gründlich und damit werden die Kosten in die Höhe getrieben. Wir

erwarten hier aus der Prüfung kein Luxusprojekt. Sinnvolle Massnahmen zur Behebung der Gefahrenstellen sind darzulegen. Eine vernünftige Massnahme für alle soll errichtet werden. Eine Linienführung via Galgenfeld/Rosengarten kommt für mich jedoch nicht in Frage.

Christian Zeyer (SP): Ich spreche als Vertreter der Wohnbaugenossenschaft Oberfeld. Die Veloverbindungen in die Nachbargemeinden sind für uns sehr wichtig und entscheidend.

Ein wichtiger Faktor sind die Platzverhältnisse: Der Platz für den Verkehr ist heute sehr eng. Jedes Velo mehr, welches ein Auto eliminiert, schafft erheblichen Platz für die anderen Verkehrsteilnehmer.

Die Gemeindefinanzen lassen nur kluge Investitionen zu. Zu einem möglichst günstigen Preis sollte möglichst viel Ertrag für die Gemeinde Ostermundigen anfallen. Eine optimale Einklinkung in ein Projekt der Nachbargemeinde kann finanziell lukrativ sein. Die wesentlichen Kosten für die Veloachse finanziert die Stadt Bern. Wir müssen ab Ostermundigen nur noch an die Veloachse anschliessen.

Die Sanierung der Bernstrasse ist ein ewiges Thema in der Gemeinde Ostermundigen. Wir müssen die Veloroute auf der Bernstrasse zum optimalen Zeitpunkt realisieren können. Nur so kann eine Win-Win-Situation mit praktisch keinen Kosten erreicht werden. Wir können solche Sachen nur dann realisieren, wenn die finanziellen Mittel es zulassen. Die günstigen Sachen sollten sofort an die Hand genommen werden.

Ich bitte das Parlament, die vorliegende Motion zu unterstützen.

Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP): Besten Dank für die klaren Voten. Der Gemeinderat hat die letztjährige Parlamentsdebatte sehr ernst genommen. In der Stellungnahme kann nachgelesen werden, dass dem Gemeinderat alle Verkehrsteilnehmende wichtig sind.

Zu Beschlusseziffer Nr. 2 möchte ich noch anfügen, dass die Ausbaumassnahmen im Agglomerationsprogramm festgehalten sind. Dazu kann der Gemeindepräsident noch Ausführungen abgeben.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich bin momentan sehr nahe am Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK) II. Ich weiss, was alles geplant ist. Die Thematik "Velo" wird in gewissen Bereichen nochmals überarbeitet. Die Anschlüsse (z. B. Wankdorf oder Könizstrasse) müssen mit den verschiedenen Verkehrsträgern geprüft werden. Die grosse Unbekannte in Ostermundigen heisst "Bernstrasse". Wo soll der Veloverkehr angehängt werden? Es laufen auf verschiedenen Ebenen die verschiedensten Aktivitäten.

Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP): Die Frage von H.R. Burkhalter (Grüne) bezüglich Anschluss an die Stadt Bern kann ich wie folgt beantworten: Der Gemeinderat will zusammen mit der Stadt Bern und der Gemeinde Köniz die Realisierung einer Velohauptachse prüfen.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor und wir können über das Geschäft abstimmen.

Christian Zeyer (SP): Ich bin der Auffassung, dass der Vertreter der Motion, Cédric Luyet (GLP), sich über den zu ändernden Wortlaut noch zu äussern hat.

1. Vizepräsident Cédric Luyet (GLP): Ich halte an der Motion mit dem abgegebenen Wortlaut fest (dies auch im Namen von Andreas Burckhardt).

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Somit stimmen wir über den gemeinderätlichen Antrag ab.

Colette Nova (SP): Soeben hat der Zweitunterzeichner der Motion erwähnt, dass er keiner Umwandlung in ein Postulat zustimmen kann. D. h. der gemeinderätliche Beschluss muss entsprechend abgeändert werden.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Das Verfahren richtet sich nach Artikel 53 der GO GGR. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 17 zu 8 Stimmen den folgenden.

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Motion betreffend Velohauptachse Ostermundigen - Bern - Köniz wird begründet, erheblich erklärt und zur Weiterbearbeitung an den Gemeinderat überwiesen.

Nachträgliche Anmerkung der Gemeindeschreiberin zur Aussage von C. Nova:

→ Der GR-Antrag kann nicht durch den GGR abgeändert werden.

10.3.72 Motionen
63.13.10 Betrieb (früher: 63.152)

72. Motion FDP. Die Liberalen-Fraktion betreffend Auslagerung und Übertragung der KiTa-Plätze am Standort "Hummelinäscht" an eine private Institution; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde allen Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Tobias Weibel (FDP): Wenn es sein muss, dann geht die FDP-Ostermundigen streng nach der Gewaltentrennung gemäss Exekutive und Legislative. In den letzten Jahren haben wir mit unseren Vorstössen aber immer wieder gute Erfahrungen damit gemacht, indem wir den Gemeinderat einen gewissen Spielraum in unseren Formulierungen zugestanden haben. So hat er bei dieser Motion zur Kindertagesstätte „Hummelinäscht“ ja auch schon entsprechend umfangreiche und gründliche Vorarbeiten geleistet.

Wenn ich es richtig im Kopf habe, sind es in Bern noch lediglich 15 % aller Gemeinden, die sich eine eigene Kindertagesstätte in dieser Form leisten können. 160'000 Franken seien am Ende des Tages mit einer Privatisierung der Kindertagesstätte „Hummelinäscht“ zirka zu sparen. Das ist viel Geld und ich kann mir vorstellen, dass jetzt dann gleich von der einen oder anderen Partei die Bedingung kommt, dieses Geld sofort zu reinvestieren. Wenn ihr beschliesst, diese Motion anzunehmen, dann lassen wir dem Gemeinderat weiterhin mehr oder weniger freie Hand. Dass für die Angestellten ein Übergang zur privaten Form möglichst hürdenlos gestaltet werden müsste, liegt natürlich auch in unserem Interesse.

Und was wir mit dem grossen Geld dann machen können, das besprechen wir lieber ein andermal. Aber denkt daran, dass in wenigen Monaten an diesem Podium wieder alle die Zähne knirschen werden, wegen unserem strukturellen Defizit von mehreren Millionen Franken.

Melanie Gasser (GLP): Wir von der CVP/GLP-Fraktion begrüssen grundsätzlich den Vorstoss der FDP. Die Liberalen-Fraktion. Nicht zuletzt in Folge der prekären Finanzlage der Gemeinde Ostermundigen müssen solche Leistungsüberprüfungen zwingend vorgenommen werden. Wir haben uns schon im Vorfeld dahingehend geäussert, dass wir für die Privatisierung der Kindertagesstätte einsetzen werden.

Schnellschüsse sind zu vermeiden! Die Gemeinde Ostermundigen muss sich Gedanken zu der Neuausrichtung machen. Aus der Perspektive der Gemeindeentwicklung müsste bei einer positiven Entwicklung des Geschäftes eine Vermietung klar im Zentrum stehen. Der Handlungsspielraum der Gemeinde darf jedoch nicht vergeben werden.

Die Gemeinde Ostermundigen muss sicherstellen, dass einige Plätze stets für soziale Notfallsituationen zur Verfügung stehen. Innert nützlicher Frist muss die Gemeinde reagieren können, wenn ein Kind plötzlich fremdplatziert werden muss.

Für uns steht der Ausbau von Kindertagesstätteplätzen im Zentrum. D. h. wir sind daran interessiert, dass private Institutionen mehr Kindertagesstätteplätze schaffen. Das Problem liegt

darin, dass nicht genügend Raum für zusätzliche Kindertagesstätteplätze zur Verfügung steht. Wenn die Überprüfung definitiv vorliegt, müssen die Verhältnismässigkeitsrechnungen vorgenommen werden. Auch die finanziellen Einsparungen durch private Anbieter müssen dargelegt werden.

Lucia Müller (SVP): Die SVP-Fraktion steht dem Geschäft grundsätzlich positiv gegenüber. Wir sind jedoch auch der Meinung, dass die Umsetzung nicht von gestern auf heute stattzufinden hat. Alle offenen Fragen müssen vorgängig seriös geklärt werden. Die Verhandlungen mit potenziellen privaten Betreibern sind in den Prozess einfließen zu lassen.

Unsere Sozialkommissionsmitglieder sowie in der Fraktion haben wir eingehend diskutiert und sind zu einem klaren „Pro Kindertagesstätte“ gekommen. Mit der Privatisierung der Kindertagesstätte wird eine bessere Durchmischung erreicht. Für uns ist die Zuteilung und die Zusammenarbeit mit der Abteilung Soziales (Jugendarbeit) ein Kernpunkt, welcher für alle klar geregelt sein muss, damit kurzfristige Platzierungen auch in Zukunft gewährleistet sind.

Was mit der Liegenschaft "Hummelinäscht" zu geschehen hat, kann zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden. Die SVP-Fraktion begrüsst eigenverantwortliche Lösungen. Da der Gemeinde Ostermundigen keine Nachteile erwachsen werden, stimmen wir dem Geschäft zu.

Thulani Thomann (SP): Wir würden den Vorstoss in Form eines Postulates entgegen nehmen. Der SP/Grüne-Fraktion stellen sich noch Fragen zum Geschäft:

1. Das Vorhandensein von Kindertagesstätteplätzen ist für Neuzuzüger ein sehr wichtiges Kriterium. Bessergestellte Eltern können ihre Kinder in die Kindertagesstätte abgeben. 80 Kinder warten auf einen Kindertagesstätteplatz und 73 Kinder auf einen Platz bei Tageseltern. Wie setzt sich dieser Umstand zusammen?
2. In der Botschaft in Kapitel 2.1 wird die Kindertagesstätte "Esperanza" erwähnt. Dort stehen zwei subventionierte Vollzeitplätze für fünf Kinder zur Verfügung. Wie setzt sich dies mit der Durchmischung bei nichtsubventionierten Plätzen zusammen?
3. Wie wird eine "gesunde Durchmischung" spezifiziert - ist das nach Geschlecht, Alter oder Herkunft?
4. Wie beabsichtigt der Gemeinderat, zukünftig den soziointegrativen Auftrag, welcher die Kindertagesstätte "Hummelinäscht" heute erfüllt, auszubauen, dem Bedarf der Gemeinde Ostermundigen anzupassen und weiterzuführen?
5. Wie beabsichtigt der Gemeinderat, eine "Notschere" (Aussage am Rednerpult schwer verständlich) von bis zu 300 Franken bei einer Privatisierung zu kompensieren bzw. auszuschliessen?
6. Eine Verständnisfrage: Der Kostenpunkt von Fr. 240'000.-- und die Fr. 160'000.--; können Kosten mit der Privatisierung eingespart werden?

Silvia Fels (EVP): Zuerst einmal möchten wir uns beim Gemeinderat und der Abteilung Soziales bedanken, für die Abklärungen und die ausführlichen Antworten in der Botschaft. Als EVP-Fraktion sind wir zum Schluss gekommen, die Motion und die vom Gemeinderat beantragte Umwandlung in ein Postulat nicht zu unterstützen.

In der Begründung der Motion lesen wir: „Die Betreuung von Kindern gehört nicht zur Kernaufgabe einer Gemeinde“. Da frage ich mich natürlich: Bestehen die Aufgaben einer Kindertagesstätte nur in der Betreuung von Kindern? Natürlich nicht. Der Auftrag einer Kindertagesstätte besteht in der Förderung der Kinder, es soll ein familienergänzendes Angebot sein: *Die Förderung von Kindern in Kindertagesstätten erfüllt einen eigenständigen alters- und entwicklungs-spezifischen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrag.*

Allein durch diesen Satz können wir sehen, dass es wohl ein Kerngeschäft unserer Gemeinde ist, die Kinder spezifisch zu fördern und ihnen altersgerechte Bildungsmöglichkeiten zu geben. Sicher in erster Linie allen Kindern, aber im speziellen eben den Kindern mit einem sozial schwachen Elternhaus. Ich selber bin in der Sozialkommission und wir hatten das Vorrecht, von verschiedenen Seiten an dieses Thema heranzugehen. Die Leiterin der Kindertagesstätte „Hummelinäscht“ hat ihre Arbeit vorgestellt und von Seiten des Sozialamtes haben wir Voten gehört. Wie im Bericht zu lesen, hat die Sozialkommission dann für die Motion gestimmt.

Ich bin aber immer noch der Ansicht, dass es unbedingt eine „gemeindeeigene Kindertagesstätte“ in Ostermundigen braucht. Wir müssen uns nichts vormachen: In Ostermundigen gibt es trotz schönen neuen Überbauungen immer noch viele Familien, die darauf angewiesen sind, dass wir ihnen schnell und unkompliziert mit einem subventionierten Kindertagesstätteplatz helfen können. Auch für viele Kinder mit Migrationshintergrund ist es wichtig, dass wir ihnen gute Startmöglichkeiten zur Integration bieten. Nur so haben sie auch eine Chance, weiterzukommen und sich in der Schule zu behaupten. Angefangen bei Projekt „schritt:weise“, weiter in der Kindertagesstätte und vielleicht später in der Tagesschule oder bei der Schulsozialarbeit kann so viel abgefangen werden.

Mit der jetzigen Regelung, schreibt der Gemeinderat, ist es möglich, dass bei Krisen in Familien innert kürzester Zeit ein entsprechender Betreuungsplatz organisiert werden kann. Diese Möglichkeit wird wegfallen, wenn die Kindertagesstätte privat geführt wird. Können wir uns die Folgen leisten, wenn wir die Kinder dann in ein Heim platzieren müssen, weil es zu Hause nicht mehr geht und sie nicht mehr in unserer eigenen Kindertagesstätte untergebracht werden können, zur Entlastung der Familien, einer Kindertagesstätte die das Verständnis aufbringt für Kinder, die „schwierig“ sind und es schwierig haben? Kommt uns das nicht viel teurer zu stehen?

Weiter lesen wir in der Motion: *"Professionelle und private Institutionen sind in der Regel fachlich besser aufgestellt, wirtschaftlich effizienter und darum besser im Stande, das Angebot an der Nachfrage auszurichten."* Krasse Worte! Ist die Kindertagesstätte, wie sie heute dasteht, also fachlich nicht gut aufgestellt, dann wundere ich mich, dass wir nicht viel früher reagiert haben - aber nein, weiter hinten im Text Punkt 2.7: *"Es gibt aktuell eine interessierte private Kita, die den jetzigen Personalbestand übernehmen würde"* - also doch nicht so schlecht, oder will man uns da nur was verkaufen?

Es ist doch in der Privatwirtschaft ganz klar, dass es um Effizienz und um Gewinne gehen muss. Heisst wirtschaftlich effizienter Ausbauen und Kosten senken, das hat auf jeden Fall Konsequenzen für die Angestellten, für die Gemeinde und die Familien. Der Spielraum für uns als Gemeinde, da mitzureden, ist sehr klein, geschweige denn, dass wir noch Forderungen an die privaten Betreiber stellen können. Es ist also aus unserer Sicht zu früh, über diese vielen offenen Fragen und auf Kosten der Schwächsten, Dinge zu entscheiden, die wir dann bereuen müssten, wenn das eintrifft, was ich oben erwähnt habe.

Auch ist die Weiterentwicklung an der Bernstrasse noch nicht geklärt und deshalb glauben wir, dass die Kosten dann unter dem Strich höher sein werden, wenn wir in naher Zukunft dem privaten Anbieter auch noch helfen müssen, einen neuen Standort zu finden, sollte sich das Areal Bernstrasse 66 weiterentwickeln.

Darum möchten wir das Parlament bitten, der Motion und dem Postulat nicht zuzustimmen.

Melanie Gasser (GLP): Wir dürfen den privaten Institutionen die Kompetenzen in Bezug auf die Betreuung von Kindern nicht absprechen. Die Wirtschaftlichkeit in einem öffentlichen Betrieb zu einem privaten Betrieb kann nicht verglichen werden.

Die Gemeinde Ostermundigen muss den Handlungsspielraum in sozialen Notsituationen unbedingt beibehalten. Das ist durchaus auch mit privaten Kindertagesstätteplätzen möglich. Wir haben bei anderen Kindertagesstätten bereits Plätze eingekauft. Wir müssen ein bis zwei Plätze als Reserve für Notsituationen freihalten.

Bruno Grossniklaus (parteilos): Vor noch nicht allzu langer Zeit hätte ich nicht einmal den Text der Motion gelesen. Die Begründung der Motion macht jedoch vieles für mich verständlich. Gewisse Behauptungen können per se nicht erhoben werden. Auf der anderen Seite sind die Kernaufgaben eines Staates zu berücksichtigen, diese liegen auch in der Integrationsarbeit von Kindern im Kindergarten und der Schule. Es ist als Gemeinde nicht zwingend, eine Kindertagesstätte zu betreiben. Es ist wünschenswert und wünschenswerte Aufgaben müssen wir uns auch leisten können.

Einer Motion kann ich nicht zustimmen; einem Postulat jedoch schon. Eine Überprüfung der Finanzen auf einem relativen Qualitätsniveau ist eine wichtige Angelegenheit. Wir dürfen jedoch nicht die Augen verschliessen und die Realität auf dem Markt ausser Acht lassen. Tatsache ist: Wir haben heute eine Warteschlange für Kindertagesstätteplätze. Eine Initiative für mehr Kindertagesstätteplätze wurde bereits eingereicht. Die Privaten haben es bis heute nicht geschafft, die nötigen Infrastrukturen aufzubauen. Vielleicht fehlen die Liegenschaften oder fehlt der nötige Unternehmergeist?

Eine Studie der Uni Luzern zeigt im Bereich der Kindertagesstätte unmissverständlich auf, dass die Kindertagesstätteplätze bewusst knapp resp. rar gehalten werden, um einen höheren Preis verrechnen zu können. Die Gemeinde Ostermundigen will eine eigene Kindertagesstätte führen, aber eine wirtschaftliche Überprüfung muss möglich sein.

Christian Zeyer (SP): Erlaubt sei mir eine Bemerkung zum Votum von Silvia Fels (EVP): Für die SP/Grüne-Fraktion ist es selbstverständlich, wir dürfen den heutigen Standard nicht reduzieren. Die heutigen Angebote müssen in einer gleichen Qualität sichergestellt werden.

Die in der Botschaft aufgeführte Kostendifferenz finde ich sehr gross. Wo kommt diese Differenz her und was bedeutet sie? Hier ist vielmehr Klarheit gefordert. Wir sind in einer knappen Finanzlage und wir müssen uns dementsprechend verhalten. Aus diesem Grund müssen wir die Angelegenheit sehr genau betrachten.

Für mich ist klar, dass keine pauschalen Abhängigkeiten zur heutigen Kindertagesstätte geschaffen werden dürfen. Die privaten Kindertagesstätten sind fast ausschliesslich gemeinnützigen Stiftungen angeschlossen und dürfen keinen Gewinn erwirtschaften.

Nichts desto trotz kann eventuell die Kindertagesstätte "Hummelinäscht" günstiger betrieben werden. Die Angebote müssen verglichen werden.

Noch eine Anmerkung an die FDP. Die Liberalen-Fraktion: Bitte betitelt Prüfaufträge inskünftig als Postulat und nicht als Motion. Dann muss eine Motion auch nicht in ein Postulat umgewandelt werden.

Lucia Müller (SVP): Weg von den Finanzen - hin zu einer guten Durchmischung der Kinder. Dies sollte in allen Kindertagesstätten erreicht werden. Im „Hummelinäscht“ sind ausschliesslich sozialschwache Kinder anzutreffen. Die Plätze müssen auf das ganze Gemeindegebiet verteilt werden. Das wäre ein bedeutender Beitrag zur Integration. Wir müssen den Schritt wagen, die Privatisierung vertieft prüfen und nicht nur Pläne schmieden.

Rahel Wagner (EVP): Ich bin total erstaunt darüber, wie sich das Parlament zu diesem Geschäft äussert. Noch vor einem Jahr haben wir über den schrittweisen Ausbau der Kindertagesstätten debattiert. Bereits damals habe ich auf diverse kritische Punkte wie die Finanzen etc. hingewiesen. Ich verstehe heute Abend die Diskussion des Parlamentes nicht. Das "Hummelinäscht" darf heute Abend nicht beerdigt werden!

Ich verstehe auch den Standpunkt der SVP-Fraktion nicht: Sie setzt sich dafür ein, dass nicht so viele ausländische Kinder unsere Schulen besuchen. Jetzt setzt sie sich aber für die Kindertagesstätten ein.

Die EVP-Fraktion will die Kindertagesstätte "Hummelinäscht" in ihrem heutigen Umfeld so belassen.

Departementsvorsteher Soziales Synes Ernst (CVP): Ich will versuchen, die vielen Fragen zu beantworten:

① Votum Christian Zeyer (SP)

Der Wortlaut des Vorstosses spricht von einem Prüfauftrag. Wir entscheiden nicht über die Grundsatzfrage: Braucht es eine gemeindeeigene Kindertagesstätte - Ja oder Nein. Es geht einzig und allein darum, die Kosten und einen Übertrag an private Kindertagesstätten zu überprüfen. Bis diese Grundsatzfragen beantwortet werden können, müssen vertiefte Abklärungen vorgenommen werden. Es müssen auch einige strategische Fragen beantwortet werden können. Zum Beispiel braucht es eine gemeinsame Kindertagesstätte? Aufgrund der Fakten und Abklärungen muss ein Entscheid herbeigeführt werden - jedoch nicht bereits heute Abend. Die gemeindeeigene Kindertagesstätte "Hummelinäscht" erledigt einen guten Job und hilft bei der Integrationsarbeit tatkräftig mit. Auch die Frage des Personals ist mir ein grosses Anliegen. Wie soll der Betrieb weitergeführt werden? Muss eine öffentliche Ausschreibung vorgenommen werden?

Ich bitte das Parlament, dem Gemeinderat einen entsprechenden Prüfauftrag in Form eines Postulates zu erteilen. Ich muss darauf hinweisen, dass die Arbeiten nicht bis am 1. Februar 2016 geprüft werden können. Eine sorgfältige Überprüfung bedingt mehr Zeit.

Ernst Hirsiger (SVP): Bereits vieles wurden vom Parlament zum Thema erwähnt. Ich bin sehr froh über das Votum des Departementvorstehers Soziales. Wenn die Angelegenheit geprüft werden soll, müssen wir dem Gemeinderat mehr Zeit dafür einräumen.

Ich möchte noch eine Frage ins Parlament abgeben: Welches sind die Kernaufgaben einer Gemeinde?

Antwort: Die hängt vom gesellschaftspolitischen Umfeld ab - soviel Staat wie nötig oder Mehrstaat...

Colette Nova (SP): Ich bin auch dankbar für die klärenden Worte des Departementvorstehers Soziales. Wir können dem zustimmen. Uns ist wichtig, dass das Geschäft sorgfältig und wohlüberlegt geprüft wird. Im Motionstext (muss in ein Postulat umgewandelt werden!) wird eine Vermischung der Fragen vorgenommen: Soll die Kindertagesstätte privatisiert werden und die Liegenschaft? Das Thema ist: soll die Kindertagesstätte effizienter geführt werden, kann eine gute Durchmischung erreicht werden?

Der Antrag des Gemeinderates ist unklar. Die Ziffer Nr. 1 des Beschlusses ist zurückzuziehen. Diese wichtige Information gehört in die "Stellungnahme des Gemeinderates" und nicht in den gemeinderätlichen Beschluss. Ich bitte den Gemeinderat, die Beschlusseziffer Nr. 1 zurückzuziehen.

In letzter Zeit mussten im Parlament viele falsch formulierte Anträge entgegengenommen werden. Häufig hat die Geschäftsprüfungskommission dies bereits im Vorfeld bemerkt und sich für bereinigte Anträge eingesetzt. Es liegt in der Verantwortung des Gemeinderates, dass dem Parlament korrekt formulierte Anträge unterbreitet werden. Ich erwarte vom Gemeinderat, dass die Serie von schlecht und falsch formulierten Botschaften inkl. Anträgen aufhört!

Tobias Weibel (FDP): Besten Dank für die positiven Beiträge. Die Motion kann von mir aus in ein Postulat umgewandelt werden. Es geht mir viel mehr um die Symbolwirkung. Die Motion vom 12. Februar 2015 hat schon viele und gründliche Arbeiten ausgelöst. Bedingungen und Auflagen wurden bereits abgeklärt. Am Ende des Tages soll uns eine "fitte Gemeinde Ostermundigen" zur Verfügung stehen.

Departementvorsteher Soziales Synes Ernst (CVP): Den Vorschlag von Colette Nova (SP), die Beschlusseziffer Nr. 1 ersatzlos zu streichen, kann der Gemeinderat unterstützen.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Es liegen keine Voten mehr vor und wir können über den Antrag des Gemeinderates abstimmen. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 23 zu 4 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Auslagerung und Übertragung der KiTa-Plätze am Standort Hummelinäscht an eine private Institution wird begründet, in ein Postulat umgewandelt, erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.74	Interpellationen
20.3.01	Jahresrechnungen
30.4.10	Verwaltungszentrum

73. Interpellation GLP/CVP-Fraktion betreffend finanzielles Optimierungspotenzial bei einer Zentralisierung der Gemeindeverwaltung in einem neuen Verwaltungszentrum; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist der Erstunterzeichner der Interpellation mit der Beantwortung zufrieden?

Luca Alberucci (GLP): Besten Dank - ich bin über die Beantwortung des Gemeinderates froh und danke ihm dafür, dass er sich bereit erklärt hat, weitere Projekte an die Hand zu nehmen resp. abzuklären.

B e s c h l u s s

Die Interpellation GLP/CVP-Fraktion betreffend finanzielles Optimierungspotenzial bei einer Zentralisierung der Gemeindeverwaltung in einem neuen Verwaltungszentrum wird schriftlich beantwortet.

10.3.74 Interpellationen
50.8.00 Allgemeines

74. Interpellation FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Umgang mit Hausbesetzern in Ostermündigen; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist der Erstunterzeichner der Interpellation mit der Beantwortung zufrieden?

Tobias Weibel (FDP): Besten Dank dem Gemeinderat für schriftliche Beantwortung unserer Fragen. Wir haben uns mit diesem Vorstoss nicht nur Freunde geschaffen.

B e s c h l u s s

Die Interpellation FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Umgang mit Hausbesetzern in Ostermündigen wird schriftlich beantwortet.

10.3.72 Motionen
50.8.13 Ruhender Verkehr

**75. Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Parkplatzregime
neues Oberfeldquartier: Eine gute Mischung macht's aus!
- Orientierung des Gemeinderates**

Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP): Das Geschäft wird an der GGR-Sitzung vom 10. Dezember 2015 beantwortet und diskutiert werden können.

10.3.72 Motionen
60.2.21 Flüchtlinge

76. Motion Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Menschen Schutz und Würde geben; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat soll mit den übergeordneten Behörden und Ämtern in Kontakt treten und die Unterbringung von Asylsuchenden im Rahmen unserer Möglichkeiten anbieten, sofern kantonale Ämter, und bei Notwendigkeit der Bund, bei der Erarbeitung und Umsetzung eines Beschäftigungsprogramms für diese Asylsuchenden mithelfen.

Begründung

Momentan ist Europa mitsamt der Schweiz im Aufruhr bezüglich der Flüchtlingsströme, welche an und durch die Grenzen unseres Kontinents brausen. Seit dem Kosovo-Konflikt (1999) hatte die Schweiz nicht mehr mit so vielen Asylgesuchen zu kämpfen. Gemäss der UNO haben wir es momentan mit so vielen Flüchtlingen weltweit zu tun wie zuletzt während dem 2. Weltkrieg. Als Ostermundigen sich im Jahr 2014 gegen die Einquartierung von Flüchtlingen wehrte, geschah dies in einem Umfeld, in welchem die Lage weniger angespannt war als heute. Zudem wollte man der Bevölkerung in unserer Gemeinde keine Mehrung von Ausländern zumuten. 28 % der Wohnbevölkerung in unserer Gemeinde sind bereits Ausländer. Und gewisse Wahl- resp. Wiederwahlargumente wurden sicherlich auch abgewogen. Doch ist die Aufrechterhaltung dieser Position immer noch vertretbar? Der Motionär glaubt, dass die Antwort „Nein“ lautet.

In der Bewältigung dieser Herkulesaufgabe, gemeint ist die Unterbringung der Flüchtlinge, dürfen die Gemeinden nicht auf Sonderinteressen pochen. Auch sollte sich für Ostermundigen angesichts der Not und dem nationalen Zusammenhalt nicht die Frage stellen, ob ein Prozentpunkt mehr oder weniger Ausländeranteil wichtiger sei als die menschliche Würde. Zumal Ostermundigen zahlenmässig hundert Flüchtlinge besser verträgt, als eine Gemeinde mit nur 300 Einwohnern. Im Angesicht der ausserordentlichen Lage sind auch unterirdische Unterkünfte logistisch und menschlich für einen temporären Aufenthalt vertretbar. Insbesondere, wenn während den Tagesstunden auch Aussenräumlichkeiten und Aktivitäten vorhanden sind.

Der Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Christian Levrat, verkündete, dass Integration am besten über Arbeit geschehe. In diesem Punkt hat er recht. Aber nein, der geforderte freier Arbeitsmarktzugang ist der falsche Weg. Einerseits da Flüchtlinge nur auf Zeit zu Gast sein sollen, um später in ihrem Land Wiederaufbauhilfe zu leisten, und andererseits so inländische Arbeitskräfte in gewissen Tätigkeitsfeldern einem härteren Wettbewerb ausgesetzt werden. Letzteres führt dazu, dass gerade diese sozial und wirtschaftlich Schwachen, welche ohnehin schon kritisch gegenüber der Asyl- und Einwanderungspraxis sind, eine noch stärkere Abneigung entwickeln. Tätigkeiten im gemeinnützigen Bereich hingegen wären sinnvoll. Deshalb soll die Gemeinde ihr Angebot für die Unterbringung daran koppeln, dass Kanton, und je nach Zuständigkeit der Bund, bei der Erarbeitung und Umsetzung eines Beschäftigungsprogramms mithilft bzw. mithelfen.

Bereits Albert Einstein wusste: „Persönlichkeiten werden nicht durch schöne Reden geformt, sondern durch Arbeit und eigene Leistung.“ Der Mensch will arbeiten, er will auf eigenen Beinen stehen. Er wird erst mit und durch die Arbeit zum ganzheitlichen Menschen. Gerade deshalb ist es wichtig, dass Menschen in Beschäftigung sind. Nicht aus ökonomischer Logik, sondern aus humanistischer Barmherzigkeit. Die Flüchtlinge hätten durch gemeinnützige Arbeiten die Möglichkeit ihren Alltag zu gestalten, bekämen Struktur, Abwechslung und Würde.

Ein Grossteil der Kriminalität unter Asylsuchenden entsteht nicht aus moralischer Minderwertigkeit des Ausländers, sondern durch den monoton-tristen Alltag in den Asylzentren. Das untätige Abwarten auf das „Wie weiter“. Durch eine Tätigkeit im gemeinnützigen Bereich könnte dies vermieden werden, die teilnehmenden Flüchtlinge bekämen einen kleinen Zustupf und zugleich würde die Akzeptanz in der Bevölkerung gesteigert. Die Asylsuchenden bekämen die Möglichkeit, sich und die Anderen in einem positiven Licht als Mitmenschen (oder zumindest gute Gäste auf Zeit) zu präsentieren, statt als Schmarotzer oder stupide Wesen in einseitigen Werbeslogans einiger Parteien zu enden.

eingereicht am 8. September 2015

sig.: Bruno Grossniklaus (parteilos)

10.3.73 Postulate
10.11.21 Büromaterial

77. Postulat FDP. Die Liberalen-Fraktion betreffend Kosten einsparen durch strategischen Materialeinkauf mit der Logistikzentrale der Stadt Bern; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat soll überprüfen, wie gross das Einsparungspotential wäre, wenn die Gemeinde Ostermundigen sämtliches Material für die Verwaltung und Schule über die Logistikzentrale der Stadt Bern beziehen würde.

Begründung

Die "Logistik Bern" führt ein breites Angebot von Produkten und Dienstleistungen für Schulen und Büros mit über 4000 Artikeln. Sie beliefern Schulen, Gemeinden, Verwaltungen und Institutionen in der Region Bern mit allem, was sie für die tägliche Arbeit benötigen. Dieses Sortiment sollte also auch den Bedarf unserer Gemeinde vollumfänglich decken.

eingereicht GGR 22.10.2015

sig. Tobias Weibel, Beat Leumann

10.3.74 Interpellationen
10.22.0.14 Ortsentwicklung

78. Interpellation FDP. Die Liberalen-Fraktion betreffend wie sieht der Fahrplan für Neugestaltungen beim Dreieck aus?; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Spätestens seit den von Berner FH-studierenden im Rahmen ihrer Bachelorarbeiten vorgestellten Projekten ist allgemein bekannt, dass das Ortsbild in der Region um das Dreieck noch grosses Potential aufzuweisen hat. Auch die Planungskommission ist auf der Suche nach einer effizienteren Gestaltung der Parzelle mit der heutigen Gemeindebibliothek z. B. bereits weit fortgeschritten. Dies ist aber nicht der einzige Standort um das Dreieck mit Bedarf für eine Generalüberholung, will man dem Grundsatz des „Entwicklungswegweisers 2025“ vom verdichteten Bauen hartnäckig nachgehen.

Dazu folgende Fragen

1. Wann gedenkt der Gemeinderat, der Bevölkerung erste Modelle des Vorhabens bei der Bibliothek zu präsentieren?
2. Wird neben diesem Standort auch die Neugestaltung weiterer Parzellen ins Auge gefasst (Chäsegge)?
3. Wie schätzt der Gemeinderat die Voraussetzungen für Verhandlungen mit den verschiedenen Grundstückbesitzern ein?
4. Wie geht der Gemeinderat vor, um bei der grossen Zahl an Grundbesitzern schlussendlich ein möglichst einheitliches Projekt zu erzielen?

eingereicht GGR 22.10.2015

sig. Tobias Weibel, Beat Leumann

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Die Präsident:

Der Ratssekretär:

Rudolf Mahler

Jürg Kumli

Der Stimmzähler-Stv.:

Der Stimmzähler:

Hasan Ögüt

Gerhard Zaugg

TERMIN- UND PENDENZENKONTROLLE

o = offen, e = erledigt, ne = offen, sollte erledigt sein

Ax #	Titel	Start	Ende	Zuständig	Kommentar	Status
2346	Überparteiliche Motion betreffend politische Integration von Jugendlichen	12.02.15	31.12.16	Präsidiales	Nächste Revision GO dem GGR Vorschläge zur Einführung einer Jugendmotion und -postulat unterbreiten	o
1806	Personalvorsorgestiftung PVS BIO	07.05.15	30.06.16	Präsidiales	Entscheid Legislative vorlegen	o
2103	Verwaltungsbericht 2015	07.05.15	30.06.16	Präsidiales + alle	- sorgfältiger bearbeiten; Texte kürzer verfassen; AGr bilden	o
2375	Gemeinderechnung	07.05.15	30.06.16	Finanzen	als PDF.Datei verfügbar machen	o
2385	Interpellation C. Luyet (GLP) betreffend Benachteiligung Ostermundigens durch FILAG	07.05.15	30.11.15	Finanzen	Beantwortung Regierungsrätin B. Simon noch ausstehend	o
2227	Ersatz Tanklöschfahrzeug; Kreditbewilligung	07.05.15	30.11.15	ÖS	Katalog GVB betreffend notwendigen Gerätschaften anfordern	o